

Britische Gesetzgeber stimmen für assistierten Suizid nach Debatte

Britische Gesetzgeber haben nach intensiven Debatten das Gesetz zur Legalisierung von assistiertem Sterben für unheilbar kranke Menschen verabschiedet. Der Gesetzesentwurf wird nun im Oberhaus geprüft.



In Großbritannien haben die Abgeordneten mit knapper Mehrheit ein Gesetz zur Legalisierung von assistiertem Sterben für unheilbar kranke Menschen beschlossen. Damit endet eine angespannte Debatte im Parlament und in der gesamten Bevölkerung, die politische, religiöse und rechtliche Gräben überschreitet.

Wichtiger Schritt für Großbritannien

Die Abgeordneten stimmten mit 314 zu 291 Stimmen für das Gesetz, das nun in die letzte Prüfungsrunde im House of Lords

übergehen wird. Dieses Gesetz könnte Großbritannien in den Kreis der wenigen Länder einreihen, die diesen Prozess legalisiert haben, und wäre eines der größten Länder mit dieser Regelung.

Regelungen des Gesetzes

Das Gesetz erlaubt es Menschen mit einer terminalen Erkrankung, die weniger als sechs Monate zu leben haben, eine Substanz einzunehmen, um ihr Leben zu beenden, vorausgesetzt, sie sind in der Lage, diese Entscheidung selbst zu treffen. Die Zustimmung von zwei Ärzten und eines Gremiums ist erforderlich.

Bereits jetzt erlauben Länder wie Kanada, Neuseeland, Spanien und die meisten Teile Australiens assistiertes Sterben in irgendeiner Form; ebenso mehrere Bundesstaaten der USA, darunter Oregon, Washington und Kalifornien.

Emotionale öffentliche Debatte

Die Abstimmung im Parlament fiel zeitlich mit einer emotionalen öffentlichen Debatte zusammen, in der es um die Frage geht, ob der Staat das Recht hat, die Entscheidungen zu diktieren, die Briten in den letzten Momenten ihres Lebens zur Verfügung stehen. Unter den Unterstützern des Gesetzes war die BBC-Moderatorin Esther Rantzen, die an fortgeschrittener Lungenkrebs leidet. Sie argumentierte, dass diese Wahl Millionen vor unnötigem Leiden bewahren könnte.

„Wenn wir heute nicht für eine Gesetzesänderung stimmen, was bedeutet das?“, fragte Kim Leadbeater, die Abgeordnete, die den Gesetzentwurf im letzten Jahr eingeführt hat. „Es bedeutet, dass wir noch viele Jahre von herzerreißenden Geschichten unheilbar kranker Menschen und ihrer Familien hören werden, von Schmerzen und Traumata, Suizidversuchen, PTSD und einsamen Reisen in (Kliniken in) der Schweiz.“

Kritik an dem Gesetzentwurf

Gegner des Gesetzes haben es aus religiösen und ethischen Gründen kritisiert und Bedenken bezüglich des als intransparent empfundenen Gesetzgebungsverfahrens geäußert. Der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown plädierte in einem seltenen Eingriff in The Guardian dafür, das überlastete System der Palliativversorgung in Großbritannien voranzubringen und wies darauf hin, dass das Gesetz „das rechtliche Recht auf assistiertes Sterben privilegieren würde, ohne ein annähernd gleichwertiges Recht auf hochwertige Palliativversorgung für Sterbende zu garantieren.“

„Schwerstkranke Menschen benötigen zuerst ein funktionierendes Gesundheits- und Sozialsystem“, sagte die Labour-Abgeordnete Vicky Foxcroft am Freitag im Parlament. „Sie möchten, dass wir als Parlamentarier ihnen helfen, zu leben, nicht zu sterben.“

Erwartete weitere Prüfungen im House of Lords

Die Debatte endete mit einer freien Abstimmung, was bedeutet, dass die Abgeordneten gemäß ihrem Gewissen für oder gegen den Gesetzesentwurf stimmen konnten, ohne einer Parteidisziplin unterworfen zu sein. Dies war die dritte und letzte Abstimmung zu diesem Thema, nach einer vorherigen Lesung im November.

Premierminister Keir Starmer stimmte trotz Bedenken einiger Gegner, er solle sich enthalten, um auf andere Abgeordnete keinen Einfluss zu nehmen, für das Gesetz. Trotz des positiven Ausgangs haben einige Kritiker durch die Ergebnisse der Abstimmung neuen Mut geschöpft; die Unterstützung für den Gesetzentwurf ging im Vergleich zu November um 16 Abgeordnete zurück, nachdem umstrittene Änderungen während der Ausschussbesprechungen vorgenommen worden

waren.

Unterschiedliche internationale Regelungen

Es gibt nur eine handvoll Länder, die in irgendeiner Form assistiertes Sterben erlauben, wobei die genauen Regelungen stark variieren können. Der vorgeschlagene Gesetzentwurf in Großbritannien orientiert sich stark am Modell von Oregon, geht jedoch nicht so weit wie die Gesetze in der Schweiz, den Niederlanden und Kanada, die assistiertes Sterben auch in Fällen von Leid, nicht nur bei terminalen Erkrankungen, erlauben. Dies unterscheidet sich fundamental von der Euthanasie, bei der eine andere Person absichtlich das Leben eines Menschen beendet, um dessen Leiden zu lindern.

Derzeit ist es in England und Wales strafbar, jemandem beim Sterben zu helfen, was mit bis zu 14 Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Die Durchführung von Euthanasie wird unterdessen als Mord oder Totschlag betrachtet.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at